

Landtagsdebatte zu Regierungserklärung und Konjunkturpaket

Ist Böhmer in der Krise zu geizig? Harter Streit um Schuld und Schulden

Von Jens Schmidt



Fraktionschef Veit Wolpert verteidigt den Markt: Staatliche Eingriffe waren schuld.

Wie will Sachsen-Anhalt in der heranrollenden Krise Firmen und Gemeinden helfen? Die Ausnahmesituation war Regierungschef Wolfgang Böhmer Anlass, sich zu erklären und – ausnahmsweise – auch mal selber Fragen an die Opposition zu stellen.

Magdeburg. Wer im Landtag redet, muss sich auf Fragen gefasst machen – und dann zeigt sich, ob er mehr draufhat, als nur vorzulesen. Die Opposition nutzt das gern, um Vertreter aus dem Regierungslager zu piesacken, sie zu bestimmten Antworten zu provozieren, die man später mal wieder gegen sie verwenden kann. Minister, die zugleich Abgeordnete sind, dürfen auch fragen. Sie nehmen das selten in Anspruch, zumeist sind sie es, die zu antworten haben. Gestern verließ Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) seinen Stuhl auf der leicht erhöhten Regierungsbank, ging hinunter in die Reihen, wo die Unions-Abgeordneten sitzen –, um eben Fragen zu stellen. Das darf er nur von dort aus. Und da Böhmer noch seltener fragt als andere Minister, sondern meistens gefragt wird, war es ein seltenes, ja schon seltsames Bild, wie er da im Parkett stand, eine Hand am Mikrofon, die andere in der Hosentasche, und versuchte, den Fraktionschef der Linken, Wulf Gallert, in Bedrängnis zu bringen.

Gallert hatte in seiner Rede Böhmer angegriffen und ihn wie einen Geizkragen aussehen lassen. Ein Böhmer, der die Millionenhilfe des Bundes gern einsteckt und damit gewaltige neue Schulden in Berlin in Kauf nimmt – sich in Magdeburg aber mit rettenden Geldern zurückhält, um die eigene Landeskasse zu schonen. Da würde die Linke ganz anders ranklotzen, nämlich mit einem 11-Punkte-Programm und jährlichen Zusatzausgaben von mehr als 100 Millionen Euro. Das reicht von 700 Neueinstellungen im Landesdienst bis zu einer Investpauschale für Kommunen ohne Eigenanteil. Finanziert am besten über höhere Steuern für die "rasant gestiegene Zahl von Millionären" – oder aber, wenn man das nicht macht, bitte, dann eben mit neuen Schulden.

Fakt ist: Sachsen-Anhalt bekommt aus dem Konjunkturpaket knapp eine halbe Milliarde Euro und muss zur Gegenfinanzierung selber 120 Millionen Euro beisteuern. Gallert stichelte: Wenn Böhmer neue Schulden so strikt ablehnt, dann müsse er konsequenterweise das Konjunkturpaket des Bundes im Bundesrat auch ablehnen. "Alles andere wäre zutiefst unehrlich."

Böhmer, der von seiner CDU eine mutigere Auseinandersetzung mit der weiter erstarkenden Linken immer gefordert hatte, ging nun also selber voran und fragte Gallert: "Soll ich in Berlin das Konjunkturpaket ablehnen und auf 475 Millionen Euro für Sachsen-Anhalt verzichten? Und: Meinen Sie, dass wir die Hände in die Hosentasche stecken, wenn wir 120 Millionen Euro Eigenanteil aufbringen?"

Der Fragende hat den Vorteil des ersten Angriffs – der Antwortende aber das letzte Wort. Böhmer ist ein guter Verteidiger, seine pointierten Repliken hallen oft nach und lassen so manchen Frager blass aussehen. Als Angreifer aber konnte Böhmer gestern diese Wirkung nicht erzielen, schon gar nicht bei einem Gallert, der sich in der Kontroverse erst wohl fühlt. Gallert ließ sich nicht aus dem Konzept bringen und konnte seine Argumente wiederholen: "Wenn Sie dem Konjunkturpaket des Bundes zustimmen und neue Schulden in Kauf nehmen, dann können Sie auch unseren Vorschlägen zustimmen. Aber Sie machen hier nur das Allernötigste, da Sie meinen, das hilft alles sowieso nicht." CDU, SPD und auch FDP stützten hingegen Böhmers Position, auch in der Krise bei den Landesfinanzen Maß zu halten.

Ein weiterer Disput entzündete sich an der Schuldfrage und am rechten Mix aus Markt und Staat. Die CDU betonte mehrfach, dass die Krise weder in Deutschland noch in der EU, sondern in den USA verursacht wurde. Der Linken schien es zu billig, "auf fremdem Hintern durchs Feuer zu reiten", wie Gallert sagte; schließlich habe selbst das SPD-geführte Bundesfinanzministerium jene fragwürdigen Finanzpapiere lange Zeit wärmstens empfohlen. "Am stabilsten stehen die Sparkassen da", so Gallert, "da sie die klarsten staatlichen Regelungen haben." Da hakte die FDP ein. Fraktionschef Veit Wolpert: "Es war der Staat, der die Marktregeln so verändert hat, dass Leute ein Hausbaudarlehen bekommen haben, die unter normalen marktwirtschaftlichen Bedingungen nie eines bekommen hätten." SPD-Fraktionschefin Katrin Budde plädierte dennoch für klare staatliche Regeln. "In den USA sind Häuser gerade billig zu haben. Der Markt reagiert damit ganz normal. Dass vielen Menschen damit die Altersvorsorge wegbricht, ist dem Markt egal." CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf beunruhigte, dass weder Politik noch Wissenschaften das Unwetter vorhergesehen haben.

- ♦ Sachsen-Anhalt: Böhmer will Betrieben helfen, warnt aber vor zu viel Schulden

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2009

Dokument erstellt am 23.01.2009 um 06:05:28 Uhr

Erscheinungsdatum 23.01.2009 | Ausgabe: mdx